

910

ZEHN POSTULATE FÜR EINE GLAUBWUERDIGE WELTRAUMPOLITIK EINES NEU- TRALEN KLEINSTAATES

1. Für einen Verzicht auf die drei neuen ESA-Wahlprogramme ARIANE-5, HERMES und Festhalten am Verzicht auf COLUMBUS

Aus wissenschaftlichen, kommerziellen, industriellen, friedenspolitischen und ökologischen Gründen sind die finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand für die europäischen Weltraumagentur (ESA) auf die obligatorischen Beiträge (v.a. für die wissenschaftlichen Forschung) zu beschränken. Insbesondere sind die vom schweizerischen Bundesrat im Oktober 1987 beschlossenen Wahlprogramm-Kredite für die zukünftige Trägerrakete ARIANE-5 und das bemannte Raumflugzeug HERMES ersatzlos zu streichen, auch in Zukunft von jeglicher Beteiligung an der Raumstation COLUMBUS abzusehen sowie die Beiträge an das Erdbeobachtungs-, Mikrogravitäts- und Fernmelde-Programm auf ein Minimum zu reduzieren.

F auch
fakt.

100%
bis 120%
kosten

Widerspruch
da 20%
auch F

2. Für eine verstärkte parlamentarische Kontrolle in der Kredit- sprechung

Allein die ARIANE-5 wird die Schweiz in den kommenden Jahren über 120 Millionen Franken kosten, falls die bundesrätlichen Planungen nicht verändert und die ESA-Budgetpläne von 1986 nicht überschritten werden. Mehrjahres-Forschungsprogramme derartiger Grössenordnungen sind einer erweiterten Begründungspflicht zu unterwerfen. Es genügt nicht, das Parlament allein im Rahmen der jährlichen Bundesvoranschläge zur Verabschiedung von Zahlungskrediten an die ESA zu 'begrüssen', welche höchstens mit wenigen Zeilen erläutert werden. Es sind Botschaften ans Parlament zu richten, welche alle grösseren Weltraum-Programme einzeln begründen, eine Abschätzung von deren Chancen und Risiken vornehmen und entsprechende Verpflichtungskredite beantragen, die Aufschluss über die zu erwartenden Gesamtkosten geben.

denkbar

3. Für die Auflösung der Eidg. Weltraumkommission und Integration von deren Aufgaben in die bestehenden forschungspolitischen Instanzen

Die "Eidg. beratende Kommission für Weltraumfragen" ist ein Selbstbedienungsladen der entsprechenden Subventionsempfänger in Wissenschaft und Industrie. Sie ist aufzulösen und deren Funktio-

welche
Subvent.
Lies Selbstb.



nen in die bestehenden forschungs- und technologiepolitischen Instanzen zu integrieren. Es gibt heute keine objektive Begründung mehr dafür, in der Weltraumpolitik einen Sonderzug zu fahren und sich dadurch dem Wettbewerb um beschränkte Mittel zur Forschungs- und Technologieförderung des Bundes zu entziehen.

4. Für die Schaffung eines neuen Parlamentsdienstes, der in der Lage ist, kompetente Technologiefolgenabschätzungen und -bewertungen vorzunehmen

Das bestehende Ungleichgewicht zwischen Expertenkommissionen, Bundesverwaltung und Parlament in Sachen Forschungs- und Technologieförderungspolitik muss durch eine Stärkung der politischen Instanzen, insbesondere bei den Volksvertretern, ausgeglichen werden. Forschungspolitische Entscheide von heute haben Auswirkungen auf die Gesellschaft und Umwelt von morgen, sie beeinflussen den Gestaltungsspielraum zukünftiger Generationen und können unannehmbare militärische und ökologische Risiken mit sich bringen. Diese gilt es kompetent abzuschätzen und bei der Finanzierung und Organisation neuer Technologien zu berücksichtigen. Dazu ist eine eigene Kapazität nicht nur beim Wissenschaftsrat ("Forschungspolitische Früherkennung"), sondern auch beim Parlament überfällig.

Kohun Witfo
SWR

5. Für eine politische Untersuchung der ESA-Vertragsverletzungen durch die militärische Nutzung der Weltraumprogramme, z.B. des SPACELAB durch die NASA oder der ARIANE durch ARIANESPACE

Die Geschäftsprüfungskommissionen der Räte oder eine andere geeignete politische Instanz soll die aktuell fortlaufende Verletzung von Artikel 2 des ESA-Uebereinkommens untersuchen, welcher Weltraumforschungen nur "für ausschliesslich friedliche Zwecke" vorsieht und damit jegliche militärische Nutzung, auch sogenannt nicht-offensiver Art, strikte verbietet.

6. Für eine aktive und konsequente Politik zur allgemeinen Durchsetzung der ESA-Vertragsbestimmungen und zum Aufbau eines wirksamen Régimes gegen die Weiterverbreitung der Raketentechnologie

Die Schweiz soll sich innerhalb der ESA aus Neutralitäts- und

friedenspolitischen Gründen dafür einsetzen, dass für jedes ESA-Programm Kommissionen eingesetzt werden, welche die ausschliesslich friedliche, nicht-militärische Nutzung der hervorgebrachten Technologien im Sinne von Artikel 2 des ESA-Uebereinkommens überwachen (einschliesslich HERMES und COLUMBUS). Sie soll ihren gegenwärtigen Vorsitz im internationalen Kontrollkomitee zur Überwachung der ARIANESPACE-Tätigkeit dahin nutzen, den Start weiterer militärischer Satelliten (wie den britischen SKYNET) zu verhindern. Dank einem Monopol auf wichtigen Komponenten ist die Schweiz ein ernstzunehmender Verhandlungspartner. Sollte sich die Schweiz in ihren Bestrebungen für mehr Vertragstreue bei den anderen ESA-Mitgliedsländern trotzdem nicht durchsetzen können, muss sie ernsthaft die Kündigung des ESA-Uebereinkommens erwägen.

Gleichzeitig ist die Schweiz aufgerufen, die seit wenigen Jahren laufenden Bestrebungen gegen die Weiterverbreitung der Raketentechnologie aktiv zu unterstützen und dabei aus den Fehlern zu lernen, welche im Nichtweiterverbreitungsvertrag über die Atomwaffen gemacht wurden.

7. Für die Wahrnehmung der Verantwortung der Wissenschaft

Die an der Weltraumforschung beteiligten Wissenschaftler sind aufgerufen, die Verantwortung für ihr Tun nicht auf die Politiker abzuschieben. Auch verschärfte staatliche Kontrollen dürfen zu keinem Freipass für die Forscher werden. Sie müssen sich selber ebenfalls über Nutzen und Risiken ihrer Tätigkeit Rechenschaft geben und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, von den von ihr finanzierten Wissenschaftlern regelmässige Technologiefolgen-Abschätzungen mitgeteilt zu erhalten, damit in einer gemeinsamem Auseinandersetzung Neubewertungen vorgenommen werden können.

8. Für eine bewusste Industriepolitik zugunsten ziviler, angepasster Technologien

Eine blinde Industriepolitik über die massive Förderung militärischer Hochtechnologien hat verheerende Auswirkungen auf die langfristige Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit von exportorientierten Volkswirtschaften, da der zivile Ausfluss hochspezialisi-

sierter Rüstungsgüter einschliesslich Weltraumtechnologien denkbar gering ist. Aus Gründen eines weitsichtigeren industriellen Interesses sollen öffentliche Technologieförderungsmittel ausschliesslich in Bereiche ziviler, angepasster Technologien gelenkt werden.

9. Für eine ökologisch verantwortbare Technologiepolitik

Die technologische Erschliessung des Weltraums birgt vielfältige ökologische Risiken in sich. Die häufig genannte Möglichkeit, über Satelliten neue Erkenntnisse über die Ursachen von Umweltschäden gewinnen zu können, ist eine schlechte Umweltpolitik. Gefordert ist heute nicht mehr in erster Linie eine noch effizientere Symptomerfassung, sondern die Umsetzung längst bekannter ökologischer Einsichten in die Praxis. Auch hier gibt es zahlreiche interessante technologische Probleme, die noch einer Lösung harren.

10. Für ein friedliches, ökologisches Europa der Regionen

Es ist sehr zu begrüßen, wenn sich die Schweiz an einem Ausbau der forschungs- und technologiepolitischen Zusammenarbeit in Europa verstärkt beteiligen will. Allerdings vertritt die ESA eher ein Westeuropa der Konzerne und der Verschwendungswirtschaft, das sich anschickt, zu einer militärischen Supermacht zu werden, welche die Blockspaltung befestigt und die Dritte Welt bestenfalls als Startrampe für Satelliten, Absatzmarkt von Waffen und Spekulationsobjekt benutzt. Die Schweiz als neutraler, auf seine demokratischen Traditionen stolzer Kleinstaat ist jedoch aufgerufen, sich eher einzusetzen für ein Europa der Menschenrechte, der Oekologie und der ausgeglichenen Entwicklung in Ost und Süd, welches versucht, überkommene Feindbilder und Systemgrenzen zu überwinden und zu gewaltfreien Konfliktlösungen beizutragen.

WRF trägt dazu bei, dass sich
Menschen als Bewohner einer
einigen, kleinen Planeten Welt
etc.



Bundesamt für Bildung und Wissenschaft						
R	21.75.500					
Dir	2. MAI 1988					
Sekr	Hpl	AJ	S1	S2	S3	S4

Universität Bern

Institut für angewandte Physik

dodis.ch/61334

3012 Bern, Sidlerstrasse 5, Telefon 031 65 89 11

29. April 1988

Herrn Dr. J.P.Ruder

BBW

Postfach 2732

3001 Bern

Lieber Herr Ruder,

anbei sende ich Ihnen eine Kopie der zehn Postulate des Schweizerischen Friedensrates zur Weltraumpolitik. Mit Herrn Hug habe ich heute ausführlich gesprochen und dabei vor allem die Postulate 7 bis 10 diskutiert. Obwohl ich grundsätzlich viele Ideen unterstütze, ist doch erhebliche Kritik am Wortlaut der Postulate anzuwenden, da sie aus einer sehr einseitigen, unvollständigen Sicht heraus entstanden sind. Herr Hug hat einige Gedanken zur Kenntnis genommen, und auch mir sind einige neue Aspekte aufgegangen. Der Gedankenaustausch war dringend notwendig, und ich würde es begrüßen, wenn auch Sie sich zu den mehr politischen Aspekten stellen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Mätzler.

CC: CRE

6.5.88